

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 13. März 1907	S. 185.
II. Mitteilung des Senats vom 15. März 1907:	
1. Doventorsmühle	" 186.
2. Kleinbahn Bremen-Thedinghausen	" 186.
3. Änderung des Enteignungsgesetzes	" 186.
4. Erweiterungsbauten für Ellen	" 186.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 13. März 1907.

1. Kleinbahn Bremen—Thedinghausen.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der Enteignung der in dem vorgelegten Verzeichnisse aufgeführten Grundstücke durch die A.-G. Bremisch-Hannoversche Kleinbahn in Frankfurt a. M. als Unternehmerin einverstanden.

Sie genehmigt den Entwurf des Gesetzes und der Genehmigungsurkunde, der letzteren mit folgenden Abänderungen:

- 1) in § 13 Zeile 2 „§ 8“ statt „§ 9“.
- 2) in § 21 II a 4 letzte Zeile „einschließlich“ statt „ausschließlich“.

2. Änderung des Enteignungsgesetzes.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf mit der Änderung, daß die Eingangsworte unter Nr. 1 wie folgt gefaßt werden:

Im § 4 Abs. 1 Zeile 2 wird das Wort „engeren“ gestrichen.

3. Spezialbudget Nr. 99, Zollausschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen.

Die Bürgerschaft genehmigt zur Deckung des in dem Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlg. S. 151/152) bezeichneten Mehrbedarfs von za. 25 000 M. die Übertragbarkeit der in dem Bericht aufgeführten Positionen des laufenden Spezialbudgets Nr. 99 mit den Positionen B I Hülfspersonal und Sonstiges und Bahnmeisterei (Gleisunterhaltung) sowie B II 3 a.

4. Herabsetzung des ortsüblichen Tagelohns durch die Behörde für Krankenversicherung.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen.

5. Antrag, betreffend Wahlrecht für den Reichstag.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat:

I. Die Wahldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, aus welchen Gründen dem § 3 Ziffer 3 des Wahlgesetzes für den Reichstag nicht die in einzelnen anderen Bundesstaaten beobachtete Auslegung gegeben wird, daß die Berechtigung zum Wählen demjenigen wieder erwächst, der zwar „im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezogen“, den empfangenen Betrag aber zurückgezahlt hat. Insbesondere würde dabei wünschenswert sein, auch diejenigen nach der hier beobachteten Praxis die Ausübung des Wahlrechts hemmenden Unterstützungen zu bezeichnen, welche, wie z. B. ärztliche Hilfe, Arznei, Verpflegung und so weiter, nicht in Form barer Geldzuwendungen erfolgen;

II. für den Fall einer Revision des Reichstagswahlrechts im Bundesrate dahin zu wirken, daß insbesondere die in bezug auf die Ausübung des Wahlrechts in der bezeichneten Richtung gegenwärtig bestehenden Härten vermieden werden.

6. Antrag, betreffend Talstraße.

In bezug auf die erneute Eingabe der Anwohner der Talstraße vom 12. Februar 1907 (siehe stenogr. Bericht S. 73), diese Straße nach der Vereinsstraße hin durchzuführen, ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Regulierungsdeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welche Kosten ein Durchbruch dahin erfordern würde, sowie ferner, mit welchem Kostenaufwande sich eine Verbindung für Fußgänger dorthin würde herstellen lassen.

Mitteilung des Senats

vom 15. März 1907.

1. Doventorsmühle.

Der Senat tritt dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 6. d. Mts. bei.

2. Kleinbahn Bremen-Thedinghausen.

3. Änderung des Enteignungsgesetzes.

Zu den obengenannten Gegenständen tritt der Senat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 13. d. Mts. bei und hat wegen der Publikation der Gesetze das Erforderliche veranlaßt.

4. Erweiterungsbauten für Ellen.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau hat über Erweiterungsbauten für Ellen einen Bericht erstattet, den der Senat mit dem Bemerkten, daß er seine Erklärung nachfolgen lassen wird, der Bürgerschaft hierneben zugehen läßt.

Anlage.

Bericht.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, bezieht sich auf die Vorlage der Deputation für die Krankenanstalt vom 23. Februar 1905 (Verhdlg. S. 165 ff.) und legt von den damals beantragten Bauten die speziellen Pläne, Kostenaufschläge, Massenberechnungen und Erläuterungsberichte für

die Erweiterung der Wäscherei (4 Zeichnungen) und ein Haus für irrsinnige Verbrecher (6 Zeichnungen) sowie 1 Lageplan vor.

Bei dem Bau des Hauses für irrsinnige Verbrecher sollen die neuesten Erfahrungen mit Sicherungsmaßregeln berücksichtigt und besondere Sorgfalt auf die Heizung und die Anordnung der Heizkörper gelegt werden. Mit den vorgelegten Projekten hat sich die Deputation für die Krankenanstalt einverstanden erklärt. Die Baudeputation beantragt, die Ausführung der Bauten zu genehmigen und dafür 31 500 M. + 127 000 M. = 158 500 M. auf das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen zu bewilligen, auch sie zu ermächtigen, unerhebliche Änderungen, die sich während der Bauausführung als erwünscht herausstellen, ohne daß dadurch die Kosten erhöht werden, im Einvernehmen mit der Deputation für die Krankenanstalt vorzunehmen.

Bremen, den 11. März 1907.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.
(gez.) Rebelthau. (gez.) Wuppelahl.